

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Gemeinderates der Marktgemeinde Matri in Osttirol, am **Dienstag**, dem **14.02.2023**, mit Beginn um **17.30 Uhr**, im **Sitzungssaal des Rathauses**.

Vorsitzender: Bgm. Raimund Steiner (ML)

Anwesende: Vize-Bgm. Lukas Brugger (ML)
GV Simon Staller (ML)
GR Johann Niederegger (ML)
GVⁱⁿ Fabienne Lercher (ML)
GR Lukas Wibmer (ML)
GR.-Ersatzmitglied Wolfgang Brugger (ML)
i.V. von GRⁱⁿ Ingrid Jans (ML)
GR Andreas Rainer (ML)
GR Christoph Köll (ML)
GR Martin Berger (ML)
GRⁱⁿ Silvia Steiner (ML)
GRⁱⁿ Stefanie Ruggenthaler (ML)
GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll (GFM)
i.V. von GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger (GFM)
GR Michael Riepler, MSc (GFM)
GR.-Ersatzmitglied Roland Klaunzer (GFM)
i.V. von GRⁱⁿ Manuela Niederegger (GFM)
GR Daniel Oberwalder (GFM)
GR Gabriel Presslaber (GFM)

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner
Revisorin Victoria Aßmair, Referat Gemeinden der Bezirkshauptmannschaft
Lienz
WD Mag. Michael Rainer, Finanzverwalter

Schriftführer: OAR Georg Ranacher, Gemeindeamtsleiter

Legende:

ML = Matrier Liste

GFM = Gemeinsam für Matri

Tagesordnung:

- 1) Bericht des Bürgermeisters
- 2) Prüfungsbericht der Aufsichtsbehörden der Bezirkshauptmannschaft Lienz und der Abteilung Gemeinden des Amtes der Tiroler Landesregierung über die, am 10.01.2023 durchgeführte Gebarungsprüfung - Bericht von Bezirkshauptfrau Dr. Olga Reisner
- 3) Anträge, Anfragen und Allfälliges

Bgm. Raimund Steiner begrüßt Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner, Revisorin Victoria Aßmair, Referat Gemeinden der Bezirkshauptmannschaft Lienz sowie Mag.^a Sabine Volgger, clavis Kommunikationsberatung GmbH, die als Moderatorin durch die, um 19.30 Uhr anberaumte öffentliche Gemeindeversammlung im „Matreier Tauerncenter“ führen wird, weiters die erschienenen GR.-Mitglieder und GR.-Ersatzmitglieder sowie die, im Sitzungssaal anwesenden ZuhörerInnen und Medienvertreter und eröffnet um 17.35 Uhr die Sitzung.

In der Folge wird GR.-Ersatzmitglied Roland Klauzner von Bgm. Raimund Steiner gemäß § 28 Abs. 1 TGO 2001 angelobt.

Zu Punkt 1) der TO:

Bericht des Bürgermeisters:

Bgm. Raimund Steiner berichtet, dass am 10.01.2023 eine Überprüfung der Gebarung der Marktgemeinde Matrei in Osttirol durch die Revisorin der Bezirkshauptmannschaft Lienz, Victoria Aßmair mit Unterstützung von Mag. (FH) Mag. Hubert Klingler und Franz Markt, Abteilung Gemeinden des Amtes der Tiroler Landesregierung, durchgeführt worden wäre.

Daraufhin habe am 12.01.2023 in der Bezirkshauptmannschaft Lienz eine Besprechung mit Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner und Magnus Gratl, Referent für Gemeindeangelegenheiten im Büro von Landeshauptmann Anton Mattle, stattgefunden.

Am 09.02.2023 wäre schließlich im Marktgemeindeamt Matrei der Entwurf des nunmehr vorliegenden Kassenprüfberichtes im Beisein von Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner, Mag. (FH) Mag. Hubert Klingler und Franz Markt durchbesprochen worden.

Der Bürgermeister hält noch fest, dass gestern aufgrund technischer Probleme mit der EDV-Anlage im Gemeindeamt keine Emails empfangen und versendet hätten werden können und der Prüfbericht deshalb erst heute Morgen allen Gemeindefachleuten per Email übermittelt hätte werden können.

Zu Punkt 2) der TO:

Prüfungsbericht der Aufsichtsbehörden der Bezirkshauptmannschaft Lienz und der Abteilung Gemeinden des Amtes der Tiroler Landesregierung über die, am 10.01.2023 durchgeführte Gebarungsprüfung - Bericht von Bezirkshauptfrau Dr. Olga Reisner:

Sachverhalt: Die Gemeindefachleuten Victoria Aßmair (Bezirkshauptmannschaft Lienz), Franz Markt und Mag. (FH) Mag. Hubert Klingler, Abteilung Gemeinden des Amtes der Tiroler Landesregierung, haben am 10.01.2023 eine Prüfung der Gebarung und Verwaltung der Marktgemeinde Matrei in Osttirol durchgeführt. Das Ergebnis dieser Überprüfung wurde in einem Prüfbericht der Bezirkshauptmannschaft Lienz, datiert mit 07.02.2023 zusammengefasst, welcher am 14.02.2023 allen Gemeindefachleuten per Email übermittelt worden ist.

Eingangs werden die, seitens der Bezirkshauptmannschaft Lienz angefertigten Kopien des Prüfberichtes an die Mitglieder des Gemeinderates ausgeteilt.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner begrüßt die im Sitzungssaal anwesenden Personen und erklärt, dass die Marktgemeinde Matrei seit dem Jahre 2010 regelmäßig von der Bezirkshauptmannschaft Lienz geprüft werde. Es wäre ein neuer Weg, dass der Prüfbericht allen Gemeindefachleuten übermittelt worden sei und dieser nicht nur in einer Sitzung verlesen werde. Das Wesentliche für alle – nämlich die Verbindlichkeiten - wäre am Ende des Prüfberichtes ausgewiesen. Fakt sei, dass die Marktgemeinde

Matrei mehr Verbindlichkeiten hätte, als Einnahmen. Die Bezirkshauptfrau weist darauf hin, dass der Prüfbericht eine Momentaufnahme zum Stichtag 10.01.2023 darstelle und keine „Vollprüfung“: Sie erklärt, dass von den 33 Osttiroler Gemeinden 32 Gemeinden von der Bezirkshauptmannschaft Lienz geprüft würden, die Stadtgemeinde Lienz vom Land Tirol. Im Schnitt hätte die Bezirkshauptmannschaft Lienz vor der „Corona-Pandemie“ jede Gemeinde alle 3 Jahre einer Vollprüfung - also einer Prüfung der Gebarung und Verwaltung – unterzogen. Kassaprüfungen wären in der Regel jährlich durchgeführt worden.

Sie erinnert idZ auch an den kürzlich verstorbenen Gemeinderevisor Ronald Wallensteiner, der sehr viele Informationen über die Marktgemeinde Matrei gehabt hätte und diese an die MitarbeiterInnen der Bezirkshauptmannschaft Lienz weitergegeben habe.

GR Christoph Köll ist der Meinung, dass die Aufstellung der Verbindlichkeiten der Marktgemeinde Matrei auf Seite 20 des Prüfberichts nicht vollständig sei, da darin einige Straßeninteressentschaften nicht aufscheinen würden.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner erklärt, dass in dieser Aufstellung nur Verbindlichkeiten über € 50.000,-- ausgewiesen wären.

GR Gabriel Presslauer teilt mit, dass beispielsweise die Straßeninteressentschaft „Klaunzerberg“ noch Forderungen gegenüber der Marktgemeinde Matrei in Höhe rd. von € 168.000,-- habe.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner weist darauf hin, dass die Verbindlichkeiten in dieser Aufstellung nur auszugsweise zum Stichtag 10.01.2023 angeführt wären.

FVW Mag. Michael Rainer informiert, dass in der Jahresrechnung 2022 Verbindlichkeiten gegenüber der Straßeninteressentschaft „Klaunzerberg“ in Höhe von rd. € 164.000,-- ausgewiesen seien. Er führe regelmäßig Abstimmungen mit den Obmännern bzw. Kassieren der Straßeninteressentschaften durch und sei auch der von ihm erwähnte Betrag mit dem Kassier der Straßeninteressentschaft „Klaunzerberg“ abgestimmt.

GR Gabriel Presslauer meint, dass die Straßeninteressentschaften eigentlich die Schulden der Gemeinde tragen würden: Diese sollten an die Gemeinde übertragen werden. Er fragt, ob dies möglich sei bzw. was diesbezüglich zukünftig geplant wäre?

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner erklärt, dass Gemeinden Selbstverwaltungskörper mit eigenem Wirkungsbereich seien. Die Aufsichtsbehörde könne deshalb nicht Aufgaben einer Gemeinde übernehmen, sondern nur darauf hinweisen, was aufgrund gesetzlicher Bestimmungen gemacht werden müsse. Schlussendlich sei es Aufgabe des Gemeinderates, diesbezüglich eine Entscheidung zu treffen.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll bemerkt, dass die Straßeninteressentschaften Darlehen aufgenommen hätten. Würde der Gemeinderat jetzt beschließen, diese Darlehen zu übernehmen, müsste die Marktgemeinde Matrei hierfür um aufsichtsbehördliche Genehmigung bei der Bezirkshauptmannschaft Lienz ansuchen. Seiner Meinung nach würde ein solche derzeit nicht erteilt werden.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner erklärt, dass es auch aus ihrer Sicht derzeit nicht möglich sei, der Marktgemeinde Matrei aufsichtsbehördliche Genehmigungen für weitere Darlehensaufnahmen zu erteilen.

Über Ersuchen von Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner erklärt Revisorin Victoria Aßmair, dass die Vorgaben für aufsichtsbehördliche Genehmigung von Darlehensaufnahmen in der Tiroler Gemeindeordnung geregelt wären. Voraussetzung sei, dass die Gemeinde einen Verschuldungsgrad von unter 80 % aufweise. Der Verschuldungsgrad sage aus, wieviel an Einnahmen dafür aufgewendet werden müsse, um die Ausgaben zu bedecken. Im Falle der Marktgemeinde Matrei liege der Verschuldungsgrad derzeit über 100 % und sei es schon aus diesem Grunde nicht möglich, eine aufsichtsbehördliche Genehmigung für Darlehensaufnahmen zu erteilen.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner teilt mit, dass im Falle der aufsichtsbehördlichen Genehmigung von Darlehensaufnahmen eine „rote Linie überschritten“ werde, die sich Strafrecht nenne. Manche der anwesenden Gemeindemandatare würden sich sicherlich noch an das Schreiben der Bezirkshauptmannschaft Lienz aus dem Jahre 2012 erinnern, welches allen damaligen Gemeinderatsmitgliedern eingeschrieben zugestellt worden wäre und in welchem man versucht haben, entsprechend aufzuklären.

GR Johann Niederegger meint, dass der Brief wohl nicht alle erreicht hätte.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner antwortet, dass das Schreiben mittels RSb-Brief verschickt worden wäre und die Bezirkshauptmannschaft Lienz den Nachweis hätte, dass dieses alle damaligen Gemeinderatsmitglieder erhalten hätten.

GR Johann Niederegger fragt, „ob die Bezirkshauptmannschaft Lienz kein geeignetes Mittel“ habe, „um solche Sachen zu verhindern, wie sie in Matrie passiert sind“?

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner weist diesbezüglich auf die, vom Tiroler Landtag beschlossene Tiroler Gemeindeordnung hin, die einen gewissen Rahmen für die Aufsichtsbehörde vorgebe. Entscheidungsbefugtes Organ nach den Bestimmungen der Tiroler Gemeindeordnung sei der Gemeinderat, der Bürgermeister das, nach außen hin vertretungsbefugte Organ.

GR Christoph Köll fragt, wie es möglich sei, dass jetzt auf einmal nicht bezahlte Rechnungen in Höhe von 9,2 Millionen Euro auftauchen hätten können? „Warum hat die Aufsichtsbehörde eigentlich auf ihrer Ebene versagt?“

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner stellt die Gegenfrage, was die Aufsichtsbehörde tun hätte sollen?

GR Christoph Köll antwortet, dass die Aufsichtsbehörde den Gemeinderat informieren und dieser dann etwas stoppen hätte können. Auch habe es seiner Meinung nach „Querfinanzierungen“ gegeben: Mittel seien nicht dort verbucht worden, wo sie hingebucht hätten werden müssen.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner erklärt, dass es eigentlich Aufgabe des Gemeinderates sei, über Darlehen und die Finanzen einer Gemeinde Bescheid zu wissen. Der Überprüfungsausschuss habe die Gebarung der Gemeinde zu überprüfen. Zudem müsse jedes Jahr vom Gemeinderat ein Voranschlag und ein Rechnungsabschluss beschlossen werden. Jeder Gemeinderat gelobe die Einhaltung der Gesetze: Dazu gehöre auch, dass sich jeder Gemeinderat entsprechend informiere. Dies sei aber nicht Aufgabe der Aufsichtsbehörde.

GR Christoph Köll bemerkt, dass ein Gemeinderat eigentlich nur die Möglichkeit habe, Angelegenheiten, die seiner Meinung nach nicht passen würden, der Aufsichtsbehörde zu melden. Oft passiere dann aber nichts. Wenn es möglich gewesen sei, innerhalb der letzten Jahre so hohe Schulden anzuhäufen, müsse irgendwo ein Kontrollorgan versagt haben.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner verweist auf zahlreiche Gespräche mit GR Christoph Köll, bei welchen sie immer wieder versucht habe, die Sachlage zu erklären: Sie könne guten Gewissens sagen, dass die Aufsichtsbehörde jeder Eingabe nachgegangen und diese auch entsprechend beantwortet habe. Es seien vereinzelt auch Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft eingebracht worden. Die Bezirkshauptmannschaft Lienz könne aber nicht die Rechnungen der Marktgemeinde Matrie bezahlen.

GR Christoph Köll ist der Meinung, dass keine Tiroler Gemeinde solche Probleme habe, wie Matrie. Man habe nicht so hohe Einnahmen, um die Verbindlichkeiten abdecken zu können. Er glaube nicht, dass die Marktgemeinde Matrie deshalb in den nächsten 6 Jahren alles zurückstellen müsse und nichts mehr investieren könne. Bei den Güterwegen, die in einem schlechten Zustand seien, wären dringend Sanierungsmaßnahmen notwendig. Dafür erhalte die Marktgemeinde zwar Zuschüsse des Landes, würde aber trotzdem ihre Interessentschaftsbeiträge nicht leisten. „Das ist ein Gewinn für die Gemeinde“.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner hält fest, dass man aufgrund der, bei der Kassenprüfung am 10.01.2023 festgestellten Zahlen nicht von einem Gewinn für die Marktgemeinde Matriei sprechen könne.

GR Christoph Köll informiert idZ über eine, mit Heinz Schultz ausverhandelte Entschädigungszahlung, welche allerdings von der Marktgemeinde Matriei nicht an die Straßeninteressentschaft „Klaunzerberg“ weitergeleitet worden wäre. Er berichtet auch darüber, dass die Marktgemeinde immer wieder Grundflächen an Firmen verkauft hätten, die diese dann aber teilweise weitervermietet hätten.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner fragt, was diese Feststellung mit dem Kassenprüfbericht zu tun hätte?

GR Christoph Köll meint, dass dies u.a. ein Grund für die hohen Verbindlichkeiten sei. Er erwähnt weiters, dass die Marktgemeinde einige wichtige Projekte zu finanzieren habe, wie z.B. Lawinenverbauungen, die nun aufgrund des fehlenden Schutzwaldes zur Sicherung von Gebäuden notwendig wären.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner hält fest, dass man bei der anschließenden öffentlichen Gemeindeversammlung noch vom Wirtschaftsprüfer hören werde, was an Einsparungspotential in den nächsten Jahren geplant sei. Zuerst seien die Pflichtaufgaben zu erfüllen und erst in weiterer Folge könnten andere Maßnahmen umgesetzt werden. Aus Sicht der Aufsichtsbehörde glaube sie, dass jede Gemeinde binnen 3 bis 5 Jahren entschuldet werden könne, wenn man sich an die Vorgaben des Landes und der Aufsichtsbehörde halte. Derartige Vorgaben habe man stets transparent kommuniziert. Das, was dem nunmehrigen Bürgermeister angeboten werde, habe man auch seinem Amtsvorgänger angeboten. Matriei sei derzeit in einer besonderen Situation, die man aber gemeinsam sicher lösen könne.

GR Christoph Köll: „Wie sieht es jetzt eigentlich mit einem Abschluss aus? Wir haben Einnahmen von 18 Millionen Euro, Ausgaben von 17 Millionen Euro und Verbindlichkeiten in Höhe von 8,8 Millionen Euro.“

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner bemerkt, dass im Prüfbericht der Stand zum Stichtag 10.01.2023 abgebildet sei. Derzeit wären die Verbindlichkeiten höher, als die Einnahmen. Sie hält fest, dass der Voranschlag 2023 und die Jahresrechnung 2022 nicht Gegenstand des Prüfberichtes wären. Es sei aber wichtig, die Zahlen transparent zu präsentieren. Matriei sei eine sehr große Gemeinde mit viel Infrastruktur, aber auch relativ vielen Verbindlichkeiten und Aufgaben. Die Unterstützung des Landes Tirol sei jedenfalls gegeben.

Bgm. Raimund Steiner berichtet, dass der Gemeinderat über die, seitens des Landes Tirol zugesagte Unterstützung in Höhe von 2,2 Millionen Euro informiert sei. Der Voranschlag für das Jahr 2023 wäre vom Gemeinderat bereits beschlossen, die damit verbundenen, seitens des Wirtschaftsprüfers vorgeschlagenen Einsparungen wären jedoch noch im Gemeinderat zu diskutieren.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner erklärt, dass die Marktgemeinde Matriei im Jahre 2023 vom Land Tirol eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 2,2 Millionen Euro erhalte, welche in 4 Quartalstranchen zur Auszahlung gelangen werde. Im 2. und 4. Quartal 2023 würden Bedarfszuweisungen zum Haushaltsausgleich ausbezahlt. Solche würden auch alle anderen Osttiroler Gemeinden mit entsprechender Verschuldung erhalten. Im 1. und 3. Quartal würden Bedarfszuweisungen in Höhe von gesamt 1,2 Millionen Euro ausgeschüttet, die zur Bezahlung offener Rechnungen für Projekte, die bereits in Umsetzung seien, zu verwenden wären. Für neue Vorhaben könnten im Jahre 2023 keine Bedarfszuweisungen gewährt werden, außer für Maßnahmen, die wegen Gefahr im Verzug unbedingt umgesetzt werden müssten. Gefahr im Verzug liege allerdings bei Projekten, die seit längerem geplant würden, nicht vor, sondern nur dann, wenn etwas Unvorhergesehenes, wie z.B. Murereignisse, eintreten würden. Mit der Gewährung der Bedarfszuweisungen in Höhe von 2,2 Millionen Euro verbunden sei die Verpflichtung, die Verbindlichkeiten abzubauen. Bislang habe die Marktgemeinde zwar immer wieder finanzielle

Unterstützungen seitens des Landes erhalten, die Verbindlichkeiten wären damit aber nicht reduziert worden. Sofern sich die Marktgemeinde Matrei im Jahre 2023 an die Vorgaben des Landes halte, werde es auch in den Jahren 2024 und 2025 weitere finanzielle Unterstützungen geben. Sie könne aber nicht abschätzen, was passiere, wenn man die Verbindlichkeiten nicht abbaue, zumal dies nicht in ihrem Ermessen liege.

Die Bezirkshauptfrau informiert noch, dass alle 33 Osttiroler Gemeinden jährlich in Summe rd. 9 Millionen Euro an Bedarfszuweisungen erhalten würden. Die, der Marktgemeinde Matrei zugesagten Bedarfszuweisungen in Höhe von 2,2 Millionen Euro würden allerdings nicht aus diesem „Bezirkstopf“ finanziert, sondern aus dem „Landestopf“. Damit möchte sie klarstellen, dass nicht die anderen Osttiroler Gemeinden die Schulden der Marktgemeinde Matrei zahlen würden. Sie hält nochmals fest, dass die erwähnten 1,2 Millionen Euro ausschließlich dafür verwendet werden müssten, offene Verbindlichkeiten schon umgesetzter Projekte abzudecken. Damit dürften keine neuen Projekte finanziert werden.

GR Christoph Köll fragt, ob die Marktgemeinde Matrei selbst entscheiden könne, welche Verbindlichkeiten bezahlt würden oder ob dies auch vom Land Tirol vorgegeben werde?

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner teilt mit, dass Magnus Gratl dies im Rahmen der nachfolgenden öffentlichen Gemeindeversammlung erklären werde: Grundsätzlich sei jede Bedarfszuweisung zweckgebunden. Es sollte aber eine Vorprüfung durch die Bezirkshauptmannschaft Lienz geben, ob das Geld für notwendige Projekte verwendet werde. Sollte die Frage von GR Christoph Köll darauf abzielen, ob Straßeninteressenschaften vorrangig bedient werden sollten, so antworte sie darauf, dass die Marktgemeinde Matrei einen Vorschlag auszuarbeiten habe, der dann von der Bezirkshauptmannschaft Lienz geprüft werde.

GR Gabriel Presslaber bemerkt, dass die Straßeninteressenschaften hoch verschuldet seien und diese auch von den Banken kein Geld mehr bekommen würden: Somit stehe kein Geld für die Instandhaltung und Sanierung von Straßen zur Verfügung. Von den erwähnten 2,2 Millionen Euro müsste jedenfalls auch ein Teil den Straßeninteressenschaften zur Verfügung gestellt werden.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner erklärt, dass dies mit dem Land Tirol zu klären wäre: Es gäbe Vorgaben des Landes, unter welchen Bedingungen das Geld zur Verfügung gestellt werde.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll fragt, ob die Forderungen bzw. Vorgaben des Landes bereits irgendwo festgehalten seien bzw. ob vor der Verwendung der zugesagten 1,2 Millionen Euro zur Finanzierung bereits laufender Projekte die Bezirkshauptmannschaft Lienz jede Zahlung prüfe?

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner teilt mit, dass der Bezirkshauptmannschaft Lienz eine entsprechende Aufstellung übermittelt werden sollte, die dann geprüft werde.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll: „Ist das eine Voraussetzung für die Gewährung von Bedarfszuweisungen?“

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner antwortet, dass sie dies so verstanden habe.

Bgm. Raimund Steiner informiert, dass eine solche Aufstellung bereits ausgearbeitet worden wäre, diese aber noch vom Wirtschaftsprüfer überarbeitet und in weiterer Folge der Aufsichtsbehörde vorgelegt werde. Auch dem Gemeinderat werde diese zur Abstimmung vorgelegt.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll fragt, ob sämtliche Vorgaben, die besprochen worden wären, schon festgehalten worden seien und dem Gemeinderat mitgeteilt werden könnten?

Bgm. Raimund Steiner erklärt, dass diese noch nicht fertig ausgearbeitet wären und man diese daher dem Gemeinderat noch nicht präsentieren könne.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner hat die Frage von GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll so verstanden, ob Bedarfszuweisungsansuchen schon vorliegen würden und diesbezüglich Bedingungen formuliert wären: „Ich habe das noch nicht gesehen.“

Für GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll wäre es wichtig, eventuelle Bedingungen im Vorhinein zu wissen: „Solange wir nichts wissen, können wir nichts beschließen.“

Bgm. Raimund Steiner bemerkt, dass derzeit nur mündliche Informationen vorliegen würden, aber noch nichts Schriftliches. Bevor die geprüfte Aufstellung an die Bezirkshauptmannschaft Lienz übermittelte werde, werde diese im Gemeinderat diskutiert.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner informiert, dass zunächst eine generelle Zusage über die Gewährung von Bedarfszuweisungen erfolge. Vor jeder quartalsmäßigen Ausschüttung werde eine detaillierte Prüfung der Bedarfszuweisungsanträge durch die Bezirkshauptmannschaft Lienz vorgenommen.

GR Christoph Köll rechnet im Jahr 2023 mit stark steigenden Ausgaben, z.B. iZm der angekündigten Erhöhung von Energie- und Stromkosten, sodass seiner Meinung nach die zugesagten Förderungen nicht ausreichen werden, um Verbindlichkeiten abzudecken. Ihm erscheine beispielsweise eine Sanierung des Schulzentrums dringend notwendig, um den Energiebedarf und damit die Energiekosten zu senken.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner weist diesbezüglich darauf hin, dass für die Sanierung des Matreier Schulzentrums schon viele Bedarfszuweisungen gewährt worden wären.

GR Christoph Köll glaubt, dass diese Bedarfszuweisungen nicht zur Gänze zweckgebunden eingesetzt worden seien. Er hält fest, dass im Schulzentrum, beim neuen Schwimmbad und in der Bergrettungshütte Gastgewerbebetriebe errichtet worden wären, aus welchen die Marktgemeinde aber keine Einnahmen erziele. Weiters fragt er, wohin man sich wenden soll, wenn man gegen Projekte gestimmt habe? Die Aufsichtsbehörde schreite in solchen Fällen auch nicht ein.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner stellt an GR Christoph Köll die Frage, wie die Bezirkshauptmannschaft einschreiten sollte?

GR Christoph Köll meint, dass beispielsweise untersagt werden sollte, etwas zu bauen.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner verweist idZ auf das Schwimmbadprojekt: Diesbezüglich sei der Marktgemeinde Matrei seitens der Bezirkshauptmannschaft Lienz schriftlich mitgeteilt worden, dass dieses Vorhaben aus finanztechnischen Gründen nicht weitergebaut werden könne. Die Bezirkshauptmannschaft könne aber aufgrund gesetzlicher Bestimmungen keinen Baustopp verfügen, da einen solchen nur der Bürgermeister als Baubehörde erlassen könne.

GR Christoph Köll nimmt daraufhin Bezug auf das Verbauungsprojekt „Tauernbach“ im Bereich des Matreier Freischwimmbades: Obwohl dieses Vorhaben anscheinend ausfinanziert sei, wäre in diesem Falle seitens der Behörde ein Baustopp verfügt worden. „Warum darf man das nicht bauen?“

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner hält fest, dass die Bezirkshauptmannschaft in diesem Fall keinen Baustopp erlassen habe: Diesbezüglich wäre vom Baubezirksamt Lienz lediglich angefragt worden, ob die Marktgemeinde Matrei den von ihr zu tragenden Anteil an den Baukosten zahlen könne. Diese Frage wäre mit „nein“ beantwortet worden.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll bemerkt, dass dieses Vorhaben die Marktgemeinde Matrei - laut Information von Bgm. Raimund Steiner – finanziell nicht belaste, da zugesagt worden wäre, dass der Gemeindeanteil vom Land Tirol übernommen werde. Die Marktgemeinde Matrei verfüge – neben den, vom Land Tirol zugesagten 2,2 Millionen Euro – auch über andere Einnahmen, beispielsweise aus Steuern, Gebühren und Abgaben, die aufgrund gewisser Unwägbarkeiten auch über den, im Voranschlag 2023 ausgewiesenen Werten liegen könnten: Für ihn stelle sich die theoretische Frage, ob der Bezirkshauptmannschaft Lienz für die Verwendung von „Einnahmen, die übrig bleiben“ auch eine Liste vorgelegt werden müsse?

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner geht davon aus, dass im Jahr 2023 keine Einnahmen übrigbleiben werden: Die angesprochene, der Bezirkshauptmannschaft Lienz vorzulegende Auflistung solle helfen, dass beispielsweise Firmen oder Straßeninteressentschaften Geld für bereits begonnene Projekte erhalten.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll berichtet, dass der Voranschlag für das Jahr 2023 ein Minus von rd. 360.000,-- Euro aufweise. Die zugesagten Bedarfszuweisungen in Höhe von 2 x 500.000,-- Euro seien als Einnahmen zu verbuchen. Dadurch würde man seiner Meinung nach in der Jahresrechnung dann einen Überschuss erzielen.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner hält fest, dass die angesprochenen Bedarfszuweisungen für den Haushaltsausgleich gewährt würden und damit beispielsweise Personalkosten zu finanzieren wären. Mit Bedarfszuweisungen könne man aber kein Budget ausfinanzieren.

Revisorin Victoria Aßmair weist darauf hin, dass in Matriei schon seit langem die Ausgaben die Einnahmen übersteigen würden: Mit den zugesagten 2,2 Millionen Euro seien grundsätzlich die Verbindlichkeiten abzudecken, was ja schon ausschließe, dass etwas „übrigbleibe“.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll fragt, ob auch kleinere Ausgaben, wie z.B. die Neuanschaffung eines Fernsehers, von der Bezirkshauptmannschaft Lienz genehmigt werden müssten?

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner antwortet, dass die Gemeinde im eigenen Wirkungsbereich tätig sei und selbst über derartige Angelegenheit zu entscheiden habe. Aus ihrer Sicht könne die Marktgemeinde Matriei im Jahre 2023 aber keine zusätzlichen Investitionen tätigen: Ziel müsse es sein, die Verbindlichkeiten abzubauen. Im Sinne ihrer Aufsichtspflicht belehre sie hiermit auch den Gemeinderat, wie mit den finanziellen Mitteln umzugehen sei: Wenn Beschlüsse gefasst würden, mit welchen die Verbindlichkeiten erhöht würden, sei das jeweilige Kollegialorgan mitverantwortlich für das Überschreiten der vorhin angesprochenen „roten Linie“. Die Beantwortung der Frage, ob man sich einen neuen Fernseher anschaffen könne, erübrige sich somit wohl.

GR Lukas Wibmer möchte wissen, ob in den vergangenen 30 Jahren niemand belehrt worden wäre?

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner erklärt, dass die Bezirkshauptmannschaft Lienz beispielsweise in den Jahren 2012 und 2020 entsprechende RSb-Briefe an die damaligen Gemeindevandatare verschickt und diese auf deren Verantwortlichkeit hingewiesen habe.

GR Gabriel Presslaber weist darauf hin, dass infolge des Borkenkäferbefalles viele Schutzwälder in Matriei geschlägert hätten werden müssen und dadurch für einige Höfe kein Lawinenschutz mehr vorhanden sei. Er möchte wissen, ob Ausgaben für Lawinenschutzbauten wegen Gefahr im Verzug zulässig wären?

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner teilt mit, dass ein Jurist unter „Gefahr im Verzug“ beispielsweise Maßnahmen verstehe, die unverzüglich gesetzt werden müssten, um eine Gefahr abzuwenden: Lawinerverbauungsmaßnahmen müssten aber geplant und vor einer Umsetzung behördlich genehmigt werden. Damit könne denkunmöglich „Gefahr im Verzug“ vorliegen.

GR Christoph Köll informiert, dass Lawinerverbauungsprojekte schon im Jahre 1986 genehmigt, aber nicht realisiert worden wären. Im vergangenen Jahr hätten diesbezüglich Gespräche stattgefunden und sollte diese Maßnahmen nun umgesetzt werden.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner bemerkt, dass man bei Lawinerverbauungsvorhaben im Jahre 2023 sicher nicht von „Gefahr im Verzug“ sprechen könne, wenn diese bereits im Jahre 1986 genehmigt worden wären.

GR Gabriel Presslaber fragt, ob das Land Tirol die Marktgemeinde Matriei bei der Umsetzung dieser Projekte nach deren Genehmigung unterstützen könne?

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner stellt die Gegenfrage, wie man sich eine Unterstützung des Landes vorstelle?

GR Johann Niederegger stellt sich unter einer Unterstützung die Freigabe von finanziellen Mitteln vor. In Matrie gäbe es viele Bereiche, in welchen wegen „Gefahr im Verzug“ Maßnahmen zu setzen wären, z.B. bei Straßenanlagen. Für ihn stelle sich die Frage, warum hierfür bis dato keine Mittel freigegeben worden seien oder wer die Verantwortung übernehme? Er verweist idZ auf das, vom Gemeinderat genehmigte Projekt einer neuen Bushaltestelle im Bereich „Auerfeld“: In diesem Ortsteil müssten täglich rd. 20 Kinder die stark frequentierte Virgental-Landesstraße überqueren und sei dort nicht einmal ein Zebrastreifen vorhanden. Er ersucht den Bürgermeister um Information zum Stand dieses Projektes.

Bgm. Raimund Steiner berichtet, dass das Baubezirksamt Lienz erst kürzlich die Planung fertiggestellt habe und ihm diese vor ca. 2 Wochen präsentiert worden wäre. Um dieses Projekt umsetzen zu können, benötige man rd. 320 m² Fremdgrund. Mit dem betroffenen Grundeigentümer müssten erst noch Gespräche geführt werden.

Vize-Bgm. Lukas Brugger meint, dass die Gemeinde den Grund wohl nicht kaufen könne, wenn keine Geld für neue Projekte zur Verfügung stehe.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner bemerkt, dass keine Gemeinde in Osttirol 100 % Bedarfszuweisungen für ein Projekt erhalte. Es gäbe in Osttirol einige Gemeinden, die voll verschuldet seien, aber trotzdem bestimmte Maßnahmen umsetzen könnten. Derartige Entscheidungen könne dem Gemeinderat aber niemand abnehmen.

GR Johann Niederegger schließt aus dem vorliegenden Kassenprüfbericht, „dass nichts mehr geht“.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner hält fest, dass die derzeitige Situation auf entsprechende Gremiumsbeschlüsse zurückzuführen sei.

GR Lukas Wibmer weist darauf hin, dass die Beschlüsse ja nicht vom aktuellen Gemeinderat gefasst worden wären: Dieser sei noch nicht einmal ein Jahr im Amt.

GR Johann Niederegger erinnert an die knappe „9:8-Mehrheit“ in den vergangenen Gemeinderatsperioden: „Einsprüche“ seien zwar an die Bezirkshauptmannschaft Lienz weitergeleitet, aber nicht immer beantwortet worden.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner widerspricht dieser Behauptung: Jeder, der bei ihr vorgesprochen habe, hätte auch entsprechende Antworten erhalten: Aus den, der Bezirkshauptmannschaft Lienz vorliegenden Akten könne auch nachvollzogen werden, wie viele Aufsichtsbeschwerden erhoben worden wären. Den Beantwortungen der Aufsichtsbeschwerden sei zu entnehmen, dass in einigen Fällen dem Einschreiter Recht gegeben und der Marktgemeinde der Auftrag erteilt worden sei, etwas zu verbessern.

Für Vize-Bgm. Lukas Brugger gibt es „einen Fehler im System“, wenn Minderheiten im Gemeinderat Aufsichtsbeschwerden erheben und diesen zwar Recht gegeben, dann aber wieder dem Gemeinderat der Auftrag erteilt werde, etwas zu ändern.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner verweist diesbezüglich auf die Bestimmungen der Tiroler Gemeindeordnung: Die Bezirkshauptmannschaft könne lediglich aufgrund von Mitteilungen oder Aufsichtsbeschwerden aktiv werden. Im Schnitt habe die Bezirkshauptmannschaft Lienz jährlich zwischen 200 und 400 Aufsichtsbeschwerden zu bearbeiten. Das Procedere laufe immer gleich ab: Die Beschwerde werde der Bezirkshauptmannschaft Lienz übermittelt und die jeweilige Gemeinde müsse sich dazu äußern. Daraufhin erfolge eine Prüfung, ob gesetzliche Bestimmungen eingehalten werden und erforderlichenfalls würden der Gemeinde entsprechende Aufträge erteilt. Sofern Strafrechtsgrenzen überschritten würden, erfolge auch eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft. Was diese daraus mache, darauf habe die Bezirkshauptmannschaft aber keinen Einfluss.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll hält noch fest, dass bei „Gefahr im Verzug“ kein GR.-Beschluss erforderlich sei und der Bürgermeister entsprechende Maßnahmen anordnen könne: Beispielsweise könne der Bürgermeister Straßensperren veranlassen, „egal, was es kostet.“

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner bemerkt dazu, dass diese Feststellung nichts mit dem Kassenprüfbericht zu tun habe. In der Tiroler Gemeindeordnung sei klar geregelt, dass der Bürgermeister unaufschiebbare Maßnahmen anordnen könne. Es wäre darin aber auch festgehalten, für welche Angelegenheiten ein Gemeinderats- bzw. Gemeindevorstandsbeschluss notwendig sei: Über Darlehensaufnahmen könne beispielsweise nicht der Bürgermeister allein entscheiden, sondern sei dafür ein Beschluss des Gemeinderates erforderlich.

Sie weist weiters darauf hin, dass das Ergebnis der Gebarungsprüfung dem Bürgermeister gemäß § 119 Abs. 2 TGO zur Vorlage an den Gemeinderat zu übermitteln sei. Der Bürgermeister habe die, aufgrund des Prüfungsergebnisses getroffenen Maßnahmen innerhalb von drei Monaten den Aufsichtsbehörden mitzuteilen. Sie gehe davon aus, dass der Gemeinderat in einer der nächsten Sitzungen noch über diese Maßnahmen beraten werde.

GR Johann Niederegger bemerkt, dass der neue Gemeinderat ambitioniert in die Funktionsperiode gestartet sei, jetzt aber feststehe, dass keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, um etwas umzusetzen. Die Aufsichtsbehörde sollte seiner Meinung nach daher „den Gürtel nicht gar zu eng schnallen und doch gewisse Sachen zulassen.“ Heute sei mehrfach auf die Verantwortung des Gemeinderates hingewiesen worden. Für ihn stelle sich idZ die Frage, warum kein „Schuldiger“ gesucht werde?

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner kann die Ansicht von GR Johann Niederegger nachvollziehen: Sie habe in den letzten Tagen zahlreiche Menschen getroffen, die ihr dieselbe Frage gestellt hätten. Sie sehe das Ganze aber nicht so negativ. Die Gemeinde sei jetzt zwar „in einer besonderen Situation“, dies bedeute aber nicht, dass sich diese in den nächsten Jahren nicht verbessere. Es liege jetzt an der Gemeinde, in eine bessere Situation zu kommen.

Für GR Johann Niederegger ist es ein Problem, wenn die Gemeinde einerseits zwar 2,2 Millionen Euro an Bedarfszuweisungen erhalte, andererseits aber keine Möglichkeit habe, dieses Geld einzusetzen.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner erklärt, dass man der Marktgemeinde nicht 40 Millionen Euro blanko zur Verfügung stellen könne, damit weitergemacht werden könne.

GR Johann Niederegger weist darauf hin, dass die Marktgemeinde Matriei wirtschaftlich ja sehr gut dastehe: Es sei deshalb nicht verständlich, warum innerhalb kürzester Zeit derartige Sparmaßnahmen getroffen werden müssten? Er habe Angst, dass man in 5 Jahren niemanden mehr dazu bewegen könne, sich für die Gemeinde zu engagieren.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner hält fest, dass die Marktgemeinde Matriei ja nicht „über Nacht“ in diese Situation gekommen sei. Aus Sicht der Aufsichtsbehörde wäre es auch fahrlässig zu sagen, dass man so weitermachen könne, wie bisher. Der nächste Schritt wären dann unweigerlich strafrechtliche Anzeigen. Ihrer Meinung nach könne das aber nicht der Weg sein, den die Marktgemeinde einschlagen sollte. Wenn man zusammenstehe, könne man zukünftig den Handlungsspielraum sicher verbessern.

GR Johann Niederegger bemerkt, dass Matriei jetzt einen „tollen Bürgermeister“ habe und die Gemeinderäte bemüht seien, „das Beste für die Gemeinde herauszuholen“. Er sei auch zuversichtlich, dass man die aktuelle Situation bewältigen werde. Ihm gefalle allerdings die Vorgangsweise nicht, wie die Marktgemeinde Matriei nun in der Öffentlichkeit präsentiert werde und dass man sich wahrscheinlich auch bei der Gemeindeversammlung anhören werde müssen, wie schlecht man in den letzten Jahren gewirtschaftet habe.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll erinnert, dass ein Teil des Gemeinderates genau solche Informationen in der Vergangenheit immer wieder nach außen getragen hätte. Schon dadurch sei ein ziemlicher Imageschaden entstanden. Im Übrigen habe die „Matreier Liste“ bei den meisten Entscheidungen mitgestimmt.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner ist überzeugt, dass die heute stattfindende Gemeindeversammlung etwas Positives sei und der Hauptfokus nicht auf den aktuellen Gemeindefinanzmandatären, sondern auf anderen Personen liegen werde. Es sei wichtig, die Bevölkerung über die Gemeindefinanzen zu

informieren und mit ihr darüber zu diskutieren. Sie sei aber nicht der Ansicht, dass man über Schuldige nachdenken sollte, auch wenn diese Verantwortung tragen würden.

GR Johann Niederegger ist der Meinung, dass man den Bürgern aber auch einen Lichtblick geben müsse.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner erklärt nochmals, dass jede Gemeinde binnen 3 bis 5 Jahren entschuldet werden könne. Dafür sei es aber notwendig, dass alle zusammenhalten. Andernfalls müsse man mit möglichen Konsequenzen rechnen.

Vize-Bgm. Lukas Brugger merkt an, dass die Gemeinde jetzt 5 Jahre sparen müsse und dann Neuwahlen anstehen würden.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner berichtet, dass eine Nordtiroler Gemeinde in derselben Situation, wie Matriei gewesen sei und dort die Mandatare wiedergewählt worden wären.

Vize-Bgm. Lukas Brugger fragt, ob beim Verbauungsprojekt „Tauernbach“ im Bereich des Matrierer Freischwimmbades nicht das Land Tirol den, auf die Marktgemeinde Matriei entfallenden Drittelbeitrag übernehmen hätte können?

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner erklärt, dass sie beim Leiter des BBA Lienz, Dipl.-Ing. Harald Haider und Dipl.-Ing. Walter Hopfgartner angeregt habe, dass das Baubezirksamt Lienz den Gemeindeanteil vorfinanzieren sollte. Diesbezüglich habe sie die Antwort erhalten, dass dies undenkbar sei und es Richtlinien gäbe, an die sich das BBA Lienz halten müsse.

GR Johann Niederegger: „Bis jetzt war immer die Bezirkshauptmannschaft die Böse.“

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner bemerkt, dass auch die Aufsichtsbehörde ihre Vorgaben habe und Rahmenbedingungen einhalten müsse. Sie vollziehe nur die Gesetze und müsse dabei darauf achten, dass der gesetzliche Rahmen nicht überschritten werde. Dass immer alle zufrieden seien, sei undenkbar.

GV Simon Staller sieht das größte Problem in den nächsten Jahren darin, dass die meisten Gemeindedarlehen variabel finanziert seien.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner sieht in Matriei „viele fleißige Menschen, die einen gemeinsamen Weg gehen möchten“. Matriei sei nicht die einzige Gemeinde, die Herausforderungen zu bewältigen habe. Davon gäbe es viele.

GR Michael Riepler, MSc, weist darauf hin, dass in der Marktgemeinde Matriei schon seit vielen Jahren ziemlich hohe Forderungen bestehen würden: Für ihn stelle sich idZ die Frage, wieviel davon noch einbringlich sei? Wenn die Gesamtforderung in Höhe von mehr als 3 Millionen Euro zur Gänze einbringlich wäre, sehe die finanzielle Situation schon wesentlich besser aus. Er fragt, wie realistisch es sei, diese Forderungen kurz- und mittelfristig hereinzubringen?

FVW Mag. Michael Rainer erklärt, dass bei den Forderungen zwischen kurzfristigen aus Lieferungen und Leistungen, Forderungen aus Abgaben und sonstigen langfristigen Forderungen zu unterscheiden sei: Bei den langfristigen Forderungen in Höhe von rd. 1,1 Millionen Euro handle es sich um die sogenannten UFG-Zuschüsse, die seitens der KPC langfristig auf die Laufzeit der jeweiligen Darlehen für Abwasserbeseitigungs- und Wasserversorgungsanlagen gewährt worden wären. Diese Zuschüsse seien zwar als Forderungen ausgewiesen, würden aber erst in den nächsten Jahren in Form von UFG-Zuschüssen fließen.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner hat die Frage von GR Michael Riepler, MSc, so verstanden, welche Forderungen einbringlich seien und welche nicht. Die Bezirkshauptmannschaft Lienz empfehle diesbezüglich eine Prüfung der jeweiligen Einbringlichkeit. Eine solche könne bis zur Exekution hin gehen. Man sollte schlussendlich auch dem Gemeinderat darüber berichten, welche Forderungen einbringlich seien und welche nicht. Eine „Bereinigung“ sei auch im Prüfbericht vorgeschlagen worden.

GR Christoph Köll ist der Meinung, dass viele Beträge nicht mehr einbringlich wären.

GVⁱⁿ Fabienne Lercher berichtet, dass schon in der vorletzten Sitzung des Überprüfungsausschusses eine diesbezügliche Überprüfung beschlossen worden wäre.

FVW Mag. Michael Rainer erklärt dazu, dass – mit Ausnahme der KPC-Zuschüsse – grundsätzlich alle Forderungen in Höhe von rd. 2 Millionen Euro einbringlich wären und nicht „verfallen“ seien: Dies werde man sich im Überprüfungsausschuss ebenso ansehen wie die Empfehlung im Kassenprüfbericht, die Außenstände hereinzubringen. Er hält fest, dass die Marktgemeinde Matri in regelmäßigen Abständen Maßnahmen setze – über Mahnungen und Rückstandsausweise bis hin zu Exekutionen – um Forderungen hereinzubringen.

Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner hofft, dass man schon bei der Präsentation des nächsten Kassenprüfberichtes feststellen könne, dass sich die Marktgemeinde Matri auf einem guten Weg befinde.

Bgm. Raimund Steiner bedankt sich abschließend bei den Erschienen für das Kommen: Es sei in letzter Zeit viel in der Vergangenheit gewühlt worden. Er sei kein Fan davon, weil es die Gemeinde nicht weiterbringe. „Ich habe immer gesagt, ich brauche keinen Schuldigen, ich brauche nur Geld. Wir haben ein Erbe angetreten, wobei wir gewusst haben, was ungefähr auf uns zukommt. Wenn wir immer im Leben wüssten, was auf uns zukommt, würden wir einiges anderes machen. Wir haben die Arbeit angefangen und diese werden wir auch fortführen.“ Er sei sich sicher, dass der gesamte Gemeinderat mitarbeiten werde. Die heutige Gemeindeversammlung sei wichtig, um die Bevölkerung aufzuklären. „Wir haben den Status Quo erhoben, starten jetzt in die Zukunft und ich bin mir sicher, dass wir das schaffen.“

Zu Punkt 3) der TO:

Anträge, Anfragen und Allfälliges:

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen abgegeben.

Ende der Sitzung: 18.45 Uhr

F e r t i g u n g :

Der Schriftführer:

Der Vorsitzende:

Die Mitglieder: